

Der in Nordirland geborene britische Agrarchemiker und Autor Finian Cunningham zeigt die eigentlichen Beweggründe des Westens für das Anheizen des Konfliktes mit Russland auf.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 190/14 – 01.12.14**

Die USA und Europa versuchen mit der Anfeindung Russlands nur von ihrem Bankrott abzulenken

Von Finian Cunningham

Strategic Culture Foundation, 18.11.14

(<http://www.strategic-culture.org/news/2014/11/18/us-and-europe-conceal-their-bankruptcy-with-hostility-to-russia.html>)

US-Präsident Obama und führende europäische Politiker haben versucht, den G20-Gipfel in Australien zu einem Forum für Anschuldigungen gegen Russland zu machen, anstatt sich mit den lästigeren Problemen der krisengeschüttelten Weltwirtschaft zu befassen.

Bei den jährlichen Treffen der Vertreter führender Volkswirtschaften sollen eigentlich Probleme der Weltwirtschaft behandelt werden. Und Probleme gibt es wahrhaftig genug, weil die Armut mittlerweile auch in Nordamerika und in Europa ein Rekordniveau erreicht hat. Nach neuen, von der EU erhobenen Daten sind jetzt (auch in Europa) 122 Millionen Menschen – also ein Viertel der Bevölkerung – von Armut betroffen.

Auch in den USA wachsen die sozialen Probleme, weil der Wirtschaftsaufschwung trotz beschönigender Statistiken der Regierung, in denen behauptet wird, die Arbeitslosigkeit sei stark zurückgegangen, nur sehr schwach ist. Der US-Kommentator Paul Craig Roberts hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die offiziellen Arbeitslosenzahlen der USA wertlos sind, weil Millionen Langzeitarbeitslose nicht mehr erfasst werden.

Nach einer Prognose des prowestlichen Internationalen Währungsfonds / IWF sind die wirtschaftlichen Aussichten auch weltweit eher schlecht.

Deshalb hätte sich der G20-Gipfel am letzten Wochenende doch eigentlich damit beschäftigen müssen, wie die teilnehmenden Regierungen ihre Bemühungen koordinieren können, um durch massive öffentliche Investitionen wieder mehr Menschen (vernünftig bezahlte) Arbeit zu verschaffen, um mit steigenden Sozialausgaben die wachsende Armut zu lindern und um das gestörte Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit neu auszubalancieren.

Das ist aber nicht geschehen. Obama und die führenden europäischen Politiker haben sich nicht um wirtschaftliche Probleme, sondern nur um die "Sicherheit" gekümmert, und unter Berufung auf die von ihnen provozierte Ukraine-Krise vor allem versucht, den internationalen Druck auf Russland zu erhöhen.

Der US-Präsident hat die Delegierten in Brisbane auch wissen lassen, dass die USA die Welt im Kampf gegen das Terrornetzwerk des Islamischen Staates, gegen die Ebola-Seuche – die nur eine winzige Minderheit der Weltbevölkerung gefährdet – und "gegen die russische Aggression in der Ukraine" anführen wollen. Obama behauptete, Russland sei eine "Bedrohung für die ganze Welt" und wiederholte erneut die unbewiesene Anschuldigung

gung, Russland sei für den Absturz des malaysischen Verkehrsflugzeuges über der Ukraine verantwortlich, bei dem im Juli 298 Menschen ihr Leben verloren.

Obamas Vorwürfen an die Adresse Russlands hat sich auch Hermann Van Rompuy, der Präsident des Europarates, angeschlossen, der ebenfalls am G20-Gipfel teilnahm. Van Rompuy – ein von niemand gewählter Bürokrat, der mit einem Gehalt von mehr als 500.000 Dollar der höchstbezahlte Politiker der Welt ist – kündigte an, dass sich die EU-Außenminister nach dem Gipfel treffen werden, um zusätzliche Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu beschließen.

"Russland muss den Zustrom von Waffen und Truppen von seinem Territorium in die Ukraine stoppen und die zurückziehen, die bereits dort sind," sagte der ehemalige belgische Premierminister, ohne die geringsten Beweise dafür vorzulegen, dass seine Behauptungen zutreffen.

Schon die drei vorher beschlossenen EU-Sanktionsrunden gegen Russland beruhten auf unbewiesenen Beschuldigungen; obwohl auch der angeblich von Moskau veranlasste Abschuss des malaysischen Verkehrsflugzeuges nicht durch Fakten belegt werden konnte, bleibt der Westen bei seinen politisch begründeten Verdächtigungen.

Russland hat eine Beteiligung an den Kämpfen in der Ostukraine bisher immer bestritten und beteuert, weder Waffen noch Truppen geschickt zu haben. Es hat den Westen aufgefordert, seine Anschuldigungen zu beweisen; obwohl das nicht geschehen ist, werden die unbewiesenen Vorwürfe einfach fortgesetzt. Die russische G20-Delegation hat auch die jüngste Behauptung, russische Militärkonvois seien in die Ostukraine eingedrungen, als haltlose "Horrorstory" zurückgewiesen, weil dafür keine nachprüfbaren Beweise vorlägen. Moskau hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Konflikt in der Ostukraine Washington und seinen europäischen Verbündeten anzulasten ist, weil die im Februar den Sturz einer gewählten Regierung unterstützt und in Kiew ein gewalttätiges Regime an die Macht gehievt haben; das hat sofort eine mörderische Offensive gegen die Russisch sprechende Bevölkerung in der Ostukraine in Gang gesetzt, weil die sich geweigert hat, den vom Westen inszenierten Staatsstreich anzuerkennen.

Russland hat Satellitenaufnahmen, Radaraufzeichnungen und Gesprächsmitschnitte der Flugaufsicht veröffentlicht, die alle darauf hindeuten, dass Streitkräfte des vom Westen gestützten Regimes in Kiew das malaysische Verkehrsflugzeug abgeschossen haben. Der russische Kanal 1 hat letzte Woche ein Satellitenbild verbreitet, auf dem zu sehen ist, dass sich ein Kampffjet dem Verkehrsflugzeug nähert (weitere Informationen dazu s. unter <http://www.anderweltonline.com/wissenschaft-und-technik/luftfahrt-2014/russland-legt-be-weise-zum-abschuss-der-mh-017-vor/>). Dieses Foto nährt den schon vorher geäußerten Verdacht, dass das Passagierflugzeug im Auftrag Kiews von einem Kampffjet abgeschossen und nicht von einer Boden-Luft-Rakete der prorussischen Selbstverteidigungskräfte in Donezk getroffen wurde, wie die westlichen Medien von Anfang an und Obama am letzten Wochenende auf dem G20-Gipfel behauptet haben.

Wegen des totalen Mangels an belastbaren Beweisen ist es offensichtlich, dass hinter den von den USA ausgehenden Anfeindungen Russlands noch ganz andere Beweggründe stecken müssen. Eigentlich geht es um die Osterweiterung der NATO zu einem Instrument, das nach dem Kalten Krieg die US-Weltherrschaft sichern soll, um die Einkreisung Russlands und den Versuch der USA, diesen global agierenden Wirtschaftsrivalen zu schwächen, um die Vereitelung einer multipolaren Welt, die den Machtanspruch der USA gefährden könnte, und um die sinkende Bedeutung des Dollars als Weltreservewährung.

Der verzweifelte Versuch, den Anspruch der USA auf Weltherrschaft mit Unterstützung ihrer europäischen Vasallen doch noch durchzusetzen, wird die Weltwirtschaft aber nur noch mehr zerrütten und die Armut verschlimmern.

In Wahrheit haben Washington und seine europäischen Verbündeten keine echte Alternative, um ihre Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft zu beleben. Ihre neoliberale, kapitalistische Politik führt in eine Sackgasse, weil sie die Finanzoligarchie immer reicher macht, und die Masse der Bevölkerung in immer mehr Staaten ins Elend treibt; das ist der Hauptgrund dafür, dass sich die Weltwirtschaft unaufhaltsam im Niedergang befindet.

Russland hingegen zeigt mit seinem ehrgeizigen neuen Handelskonzept und den Finanzpartnerschaften – insbesondere mit seinen eurasischen Partnern China und Indien und den anderen BRICS-Staaten (Brasilien und Südafrika) – einen klugen Weg aus der globalen Stagnation auf. Diese neue geostrategische Entwicklung ermöglicht eine sicherere, das Völkerrecht achtende internationale Ordnung, in die alle Staaten einbezogen werden können.

Das erklärt, warum Obama und das europäische Establishment alles getan haben, um den G20-Gipfel von den Problemen der Weltwirtschaft abzulenken und Russland zum Sündenbock für das Chaos zu machen, das sie selbst angerichtet haben. Die westlichen Regierungen sind auch geistig bankrott und unfähig, neue Ideen zur Lösung der Wirtschaftsprobleme der Welt zu entwickeln. Und sie wissen sehr wohl, dass ihre kapitalistische Wirtschaftspolitik für die große Krise verantwortlich ist, mit der sich die Menschheit im 21. Jahrhundert konfrontiert sieht.

Die eigentlichen Bedrohungen für die Welt sind der Niedergang der Wirtschaft und die wachsende Armut. Weil sie diese Probleme nicht lösen, sondern nur noch schlimmer machen können, haben die führenden Politiker der USA und Europas Scheinprobleme wie die Sicherheit, und die angebliche "russische Aggression" auf die Tagesordnung des G20-Gipfels gesetzt.

(Wir haben den sehr schlüssigen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und einem Link in Klammern versehen. Infos über den Autor sind aufzurufen unter <http://ns-nbc.me/author/finiancunningham/> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Strategic
Culture
Foundation
ONLINE JOURNAL

18.11.2014 | 00:00
Finian CUNNINGHAM
Strategic-Culture.org

US and Europe Conceal Their Bankruptcy with Hostility to Russia

US President Obama was joined by European leaders last weekend in trying to turn the G20 summit in Australia into a forum for baiting Russia, rather than dealing with the more onerous problem of a failing world economy.

The annual meetings of the world's top economies are by definition supposed to be aimed at addressing problems in the global economy. And those problems are increasingly onerous, with poverty in North America and Europe reaching record levels. Recent data

from the EU, put the level of poverty in the bloc at an all-time high of some 122 million people – affecting around one-in-four citizens.

Similar plummeting social conditions are haunting the United States, where economic recovery is anaemic at best despite official government statistics claiming that unemployment there is declining. As American commentator Paul Craig Roberts points out the official jobless figures in the US are meaningless when millions of long-term unemployed workers are excluded from the records.

Worldwide, the economic outlook is grim, according to even the pro-Western International Monetary Fund's latest assessment.

So, you would think that top of the agenda for the G20 summit last weekend should be how governments are coordinating recovery efforts to get people back into work, relaunch economies with massive public investment, boost social welfare to mitigate rising poverty, and rebalance the explosion of inequality between capital and labour.

No. Obama and European leaders sought instead to shift the focus from economics to «security» and in particular to add more international pressure on Russia over the Ukraine crisis.

The American president told delegates in Brisbane that the US was leading the world in the fight against the Islamic State terror network, the Ebola disease (affecting a minuscule number of the world's population), and «in opposing Russian aggression in Ukraine». Obama claimed that Russia presented a «threat to the world» and tendentiously reiterated the baseless claim that Russia was guilty in the downing of the Malaysia civilian airliner over Ukraine in July, with the loss of 298 lives.

Obama's «blame Russia» trope was supported by Hermann Van Rompuy, the president of the European Council, who was also at the G20 summit. Van Rompuy – an unelected bureaucrat and the highest paid politician in the world on a salary of over \$500,000 – said that EU foreign ministers were to meet in the coming days to slap more economic sanctions on Russia.

«Russia must stop the inflow of weapons and troops from its territory into Ukraine and Russia must withdraw those already present,» said the former Belgian prime minister, without providing the slightest evidence to support this inflammatory assertion.

Indeed three previous rounds of EU sanctions against Russia have been based on wholly unfounded accusations against Moscow, including the alleged downing of the Malaysian airliner, always on the basis of politicised innuendo bereft of any facts.

Russia has consistently refuted that it is involved in the conflict in eastern Ukraine. It says it is not supplying weapons or troops and has continually demanded for evidence to be presented – a demand that has not been met by its accusers who simply pile on more baseless innuendo. Russian delegates at the G20 conference rebutted latest Western claims that it has deployed military convoys into eastern Ukraine as groundless «horror stories» that are not supported with verifiable proof. Moscow rightly points out that the conflict in eastern Ukraine has stemmed from Washington and its European allies illegally helping to overthrow the elected government last February and installing a deeply hostile regime in Kiev, which has proceeded to wage a murderous offensive on the Russian-speaking population in the east of the country simply because these people have refused to recognise the Western-backed coup.

Russia has also provided information from satellite, radar and air traffic control communications that strongly implicate the Western-backed regime forces in the shooting down of the Malaysian airliner. Russia's Channel One last week broadcast a satellite image showing the airliner being accompanied suspiciously by a fighter jet. That finding backs up previous claims that the passenger plane was shot down by a Kiev-commanded fighter jet, not hit with an anti-aircraft missile under the control of pro-Russian self-defence militia in Donetsk as the Western governments and media have continually alleged – and continue to allege as per Obama at the G20 last weekend.

It should be evident from the complete dearth of evidence that the US-led hostility toward Russia has other ulterior motives. The expansion of NATO as an instrument of American global hegemony in a post Cold War world, the encirclement and attempted enfeebling of Russia as a global economic rival, the thwarting of a multipolar world that threatens to undermine American power and its declining dollar supremacy are all part of this agenda.

Ironically, this desperate clinging to waning American hegemony, supported by European vassals, is serving to drive the world economy into deeper malaise and poverty.

The truth is Washington and its European allies have no real alternative to resurrect their economies or that of the world. Their neoliberal capitalist dead-end policies of enriching a financial oligarchy while clobbering the mass of citizens with relentless austerity is a major reason why the world economy is irreversibly in demise.

Meanwhile Russia with its ambitious new trade and financial partnerships with Eurasian partners, China in particular and other BRICS nations, is providing a bright potential way out of the global stagnation. This new geo-strategic direction also provides a more secure and law-based international order between nations.

This explains why Obama and the European establishment were doing everything to keep the focus of the G20 summit away from «economics» and to scapegoat Russia for the mess that they have created. Western governments are bankrupt of new ideas to salvage the economic problems of the world. How could they be otherwise when it is their economic ideology that has produced the crisis facing humanity in the 21st Century?

The real threat to the world is economic collapse and poverty. Without any solutions and in fact only exacerbating these problems, the US and European leaders are hiding behind a false agenda of non-issues, such as security, and in particular alleged «Russian aggression».

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern